

Fritz Helmedag

# Die Abhängigkeit der Beschäftigung von Steuern, Budgetdefiziten und Löhnen

*Die Regierungskoalition hat sich auf Eckpunkte ihres wirtschaftspolitischen Programms geeinigt. Damit wird die Hoffnung auf einen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit verbunden. Werden die vorgesehenen Schritte zum Ziel führen?*

Für das Jahr 2007 ist eine Mehrwertsteuererhöhung von 16% auf 19% angekündigt. Dies soll dazu beitragen, die Staatsverschuldung zu verringern. Außerdem könnten die zusätzlichen Einnahmen zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge dienen. Überhaupt ist seit längerem zu hören, dass Arbeit billiger werden müsse. Insgesamt verspricht man sich von den Maßnahmen eine Linderung der Beschäftigungskrise. Die folgenden Ausführungen ziehen die Wirksamkeit der propagierten Politik in Zweifel.

Methodisch greifen wir auf die Kreislaufanalyse zurück, die inzwischen in der dominierenden Volkswirtschaftslehre zugunsten der mikroökonomischen Betrachtungsweise in den Hintergrund gerückt wurde. Diese Entwicklung hat bei vielen dazu geführt, auf etliche genuin makroökonomische Probleme bloß noch von einer individuellen Warte aus zu blicken. Die eigentlich fundamentalen wechselseitigen Verschränkungen von Ausgaben und Einnahmen bleiben deshalb zwangsläufig unbeachtet. Fehlerurteile sind damit programmiert. Das trifft auch auf die vorliegende Thematik zu: Es mangelt an Wissen, wie Budgetdefizite, direkte und indirekte Steuern sowie die Lohnhöhe das ökonomische Geschehen beeinflussen.

Um den Kenntnisstand etwas aufzufrischen, wird ein möglichst einfaches saldenmechanisches Modell präsentiert, das unter anderem internationale Wirtschaftsbeziehungen ausblendet. Ferner gebe es nur drei Quellen, aus denen die Mittel zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben stammen: Es handelt sich entweder um Steuern auf die Erlöse und Einkommen oder um Kredite, welche die öffentliche Hand in Anspruch nimmt. Die gemachten Vereinfachungen verringern den argumentativen Aufwand, ohne nennenswerte Abstriche an den gewonnenen Einsichten hinnehmen zu müssen.

---

*Prof. Dr. Fritz Helmedag, 52, lehrt Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Chemnitz.*

## Wirtschaften unter Restriktionen

Konzeptionell belastet die Mehrwertsteuer den Verbraucher. Daher mindert sich die von den Unternehmen an das Finanzamt zu entrichtende Zahllast um die von Lieferanten in Rechnung gestellte Vorsteuer. Allerdings wird die reine Lehre in Deutschland durch (einen gespaltenen Satz und) die sofort abziehbaren gesamten Steuern auf Kapitalgüterbeschaffungen verwässert, statt eine periodengerechte Verteilung vorzunehmen. Solche Modifikationen werden hier vernachlässigt, indem eine Umsatzabgabe vom Wertschöpfungstyp modelliert wird<sup>1</sup>. Sie fällt als einheitlicher Prozentsatz ( $t_v$ ) auf das Sozialprodukt ( $Y$ ) an. Wegen der Vernachlässigung des Außenhandels sieht die gesamtwirtschaftliche Absatzfunktion ( $Y_s$ ) ziemlich simpel aus:

$$(1) \quad Y_s = Y(1 + t_v)$$

Diese Gleichung gibt den Bruttowert der an Endnachfrager verkauften Waren an. Ein Teil  $t_v Y$  dieses Betrages fließt in den Etat.

Im privaten Sektor treten lediglich zwei Arten von Einkünften auf. Das Volkseinkommen besteht entweder aus den Löhnen ( $W$ ), die im Zuge des laufenden Erzeugungsprozesses gezahlt werden, oder den residualen Profiten ( $P$ ), welche vom Markterfolg der angefertigten Güter abhängen:

$$(2) \quad Y = W + P$$

Wenn die Erwartungen der Selbstständigen nicht in Erfüllung gehen, passen sie ihre Produktionsplanungen an. Damit variiert auf längere Sicht die Vergütung der Beschäftigten.

Der Staat deckt seine Ausgaben ( $G$ ) durch Steuern und Defizite ( $\Delta D$ ), von denen der Schuldendienst für früher aufgenommene Kredite bereits abgezogen ist. Die Zins- und Tilgungsleistungen der Gebietskörperschaften sollen zudem völlig der privaten Geldvermögensbildung dienen. Der Einfachheit halber sei

---

<sup>1</sup> Vgl. St. Homburg: Allgemeine Steuerlehre, 2. Aufl., München 2000, S. 139.

schließlich die direkte Abgabe als *flat tax* ausgestaltet, die mit einem uniformen, unter 100% liegenden Satz ( $t_D$ ) auf Löhne und Gewinne erhoben wird<sup>2</sup>. Die Budgetbeschränkung der öffentlichen Hand lautet dann:

$$(3) \quad G = t_Y Y + t_D (W + P) + \Delta D$$

Die Verbrauchsgewohnheiten differieren je nach Einkommensart. Wir unterscheiden die auf das Arbeitsentgelt bezogene Konsumquote ( $c_W$ ) von der auf Profite ( $c_P$ ). Selbstverständlich kann das Kaufverhalten im Zeitablauf schwanken<sup>3</sup>. Theorie und Praxis sprechen dafür, dass der gesparte Anteil der Einkünfte aus Unternehmertätigkeit ( $s_P$ ) den aus dem Salär der Belegschaften ( $s_W$ ) übertrifft:

$$(4) \quad 0 \leq c_P = 1 - s_P < c_W = 1 - s_W \leq 1$$

Im Kontrast zu anderen Komponenten der Verwendung des Sozialprodukts stehen die durch den Abbau monetärer Aktiva oder einen Anstieg der Verbindlichkeiten finanzierten autonomen Investitionen ( $I$ ) in keiner funktionalen Abhängigkeit vom Niveau der aktuellen Wirtschaftstätigkeit. Sofern erforderlich, kann man darunter weitere diskretionäre Ausgaben – etwa für Konsum oder Exporte – rubrizieren.

Die genannten Elemente addieren sich zur Gesamtnachfrage ( $Y_D$ ):

$$(5) \quad Y_D = (1 - t_D) (c_W W + c_P P) + G + I$$

Nunmehr liegen die Voraussetzungen vor, um das Niveau der ökonomischen Aktivität zu ermitteln.

### Die Höhe des Volkseinkommens

In der Kreditgeldwirtschaft determiniert die effektive Nachfrage über das absorbierte Angebot die realisierte Wertschöpfung:

$$(6) \quad Y_D = Y_S$$

Im Gleichgewicht sind die expansiven und kontraktiven Systemkräfte in der Balance. Mit Rückgriff auf die Verteilungsrechnung (2) gilt demnach:

$$(7) \quad I + \Delta D = (1 - t_D) (s_W W + s_P (Y - W))$$

Aus dieser Bedingung<sup>4</sup> lässt sich das Sozialprodukt der Modellökonomie ermitteln:

$$(8) \quad Y = W + \frac{I + \Delta D - s_W (1 - t_D) W}{s_P (1 - t_D)}$$

Bei Berücksichtigung abweichender Sparneigungen stellt die jeweils gezahlte Bruttolohnsumme einen maßgebenden Faktor der Wertschöpfung dar. Der Gewinn kommt im Bruch auf der rechten Seite von Gleichung (8) zum Ausdruck<sup>5</sup>. Offensichtlich wird das Profitziel verfehlt, sobald die Investitionen bzw. das Haushaltsdefizit kleiner ausfallen als bei der Festlegung des Produktionsumfanges vermutet: Die verfügbaren Einkünfte aus abhängiger Erwerbstätigkeit und das daraus finanzierte Sparen sind deshalb relativ zu groß geraten. In der Konsequenz drohen Entlassungen oder Lohnkürzungen.

Die Ausgaben der Unternehmer selbst bestimmen zwar zu einem guten Teil ihr eigenes Einkommen, doch sie befinden sich in einer Gefangenendilemma-Situation: Die kollektive Rationalität verlangt bei einem Gewinneinbruch eigentlich weniger Sparen und mehr Investitionen; die Verhältnisse des Einzelnen legen das Umgekehrte nahe. Hier müsste von Haus aus der Staat in die Bresche springen, um die Marschrichtung umzukehren. Budgetkürzungen in solchen Verhältnissen sind sicher das falsche Rezept.

Ein weiterer Aspekt von Gleichung (8) verdient Beachtung: Der Mehrwertsteuersatz ist verschwunden und kann folglich auf die Höhe des Sozialprodukts überhaupt keinen Einfluss haben! Da die Belastung andererseits das Preisniveau erhöht, werden aus einem gegebenen Volkseinkommen geringere Mengen nachgefragt. Es liegt quasi ein Transfer zuvor privater Güter in den öffentlichen Verbrauch vor. Solange die Konsumquoten nicht variieren, wirkt die Abgabe wie eine Beschlagnahme, ohne den Umfang der Wertschöpfung zu berühren<sup>6</sup>.

Im Hinblick auf die direkten Steuern wandelt sich das Bild: Sie entziehen den Bürgern im ersten Schritt zwar auch Mittel, diese kommen allerdings (zunächst immerhin) den nominalen Bruttogewinnen wieder zugute: Bei im Rahmen bleibenden Verhaltensanpassungen steigt mit  $t_D$  der Zähler des Bruchs auf der rechten Seite von (8), während der Nenner sinkt.

<sup>2</sup> Bekanntlich löst der Zugriff des Fiskus Anpassungsreaktionen aus. Wir umschiffen diesen Komplex durch die Annahme, die Tarife würden die effektive Inanspruchnahme der Bemessungsgrundlagen angeben.

<sup>3</sup> Wer den Streit vermeiden möchte, welchen Einfluss das permanente Einkommen, womöglich in Verbindung mit rationalen Erwartungen, auf die Verwendung des Zahlungsmiteileingangs hat, mag die Verbrauchskoeffizienten rein empirisch deuten.

<sup>4</sup> Das Einsetzen der Gleichungen (1), (2), (3) und (5) in (6) bringt mit etwas mehr Aufwand das gleiche Ergebnis.

<sup>5</sup> Die gängigen Lehrbücher bieten keine solche Formel, weil ihre Autoren mit einer einheitlichen Konsumquote operieren. Vgl. F. Helme-dag: Wechselwirkungen zwischen Verteilung, Verbrauchsverhalten und Volkseinkommen, in: E. Hein, A. Heise, A. Truger (Hrsg.): Löhne, Beschäftigung, Verteilung und Wachstum, Makroökonomische Analysen, Marburg 2005, S. 41-58.

<sup>6</sup> Das gilt in gleicher Weise, falls manche Transaktionen und Umsätze von der Besteuerung ausgenommen sind (z. B. Exporte) oder einem reduzierten Satz unterliegen (etwa Nahrungsmittel).

Bislang wurde die Lohnsumme als Größe behandelt, die zwar prinzipiell veränderlich ist, aber für die jeweilige Periode auf Grund vorgelagerter Entscheidungen gegeben war. Nun geht es um die Frage, wovon die Wirtschaftsaktivität auf längere Sicht abhängt und welcher Gestaltungsspielraum sich bietet.

### Determinanten der Beschäftigung

Die Bezüge aus abhängiger Erwerbstätigkeit bestehen multiplikativ aus der Durchschnittsvergütung pro Stunde ( $w$ ) und der auf das gleiche Zeitmaß dimensionierten Beschäftigung ( $L$ ). Der Gewinn lässt sich indes nicht bloß als Größe neben einer bestimmten Lohnsumme gemäß Gleichung (2) interpretieren. Vielmehr wird Arbeitskraft auf Dauer nur aktiviert, wenn sie gemäß einer Profitrate ( $r$ ) einen gesamtwirtschaftlichen Überschuss  $P = rW$  abwirft:

$$(9) \quad Y = W(1 + r) = wL(1 + r)$$

Setzt man die Gleichung (9) in die Sozialproduktformel (8) ein, führt das zu:

$$(10) \quad W = wL = \frac{I + \Delta D}{(1 - t_D)(rs_p + s_w)}$$

Wäre die rechte Seite des Ausdrucks (10) fixiert, dann träte die allenthalben präsentierte Mechanik des Stellenmarktes in Reinkultur zu: Abstriche am Salär in einem gewissen Vomhundertsatz brächte die gleiche prozentuale Zunahme der Beschäftigung<sup>7</sup>. Die Realität ist aber komplizierter. Denn es darf nicht unterschlagen werden, dass zwischen Lohn und Gewinn grundsätzlich ein inverser Zusammenhang existiert, der in der ökonomischen Theorie immer wieder thematisiert worden ist<sup>8</sup>. Die Division des Sozialprodukts  $Y$  durch die Anzahl der verrichteten Stunden abhängiger Erwerbstätigkeit  $L$  ergibt den nominalen Nettoertrag ( $y$ ) *pro rata temporis*. Damit resultiert aus der Gleichung (9):

$$(11) \quad r = \frac{y - w}{w}$$

Es liegt ein Konzept fairer Entgelte vor, dem eine konstante Profitrate von 61,8% entspricht<sup>9</sup>. Eine solche Vereinbarung konsolidiert zugleich das Preisni-

<sup>7</sup> Die Arbeitsnachfrage verläuft unter solchen Umständen als gleichseitige und rechtwinklige Hyperbel mit dem konstanten Elastizitätswert minus eins. Die Preistheorie bezeichnet als „absolutes Monopol“ eine Marktform, in welcher sich ein Anbieter einer derartigen Preis-Absatzfunktion gegenüber sieht. Vgl. F. Helmedag, H. Leitzinger: Monopole, isoelastische Nachfrage und Gewinnmaximierung, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 35 (1984), S. 24-43.

<sup>8</sup> Vgl. im Einzelnen F. Helmedag: Warenproduktion mittels Arbeit, Zur Rehabilitation des Wertgesetzes, 2. Aufl., Marburg 1994.

<sup>9</sup> Vgl. F. Helmedag: Gerechte Löhne und Arbeitslosengelder, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 85. Jg. (2005), H. 6, S. 402-404.

veau. Das Konzept kann zudem in einem Bündnis für Arbeit fruchtbar gemacht werden<sup>10</sup>.

Die Substitution des Terms (11) in die Gleichung (10) liefert eine Beschäftigungsfunktion, welche die Problembehandlung spürbar erleichtert:

$$(12) \quad L = \frac{I + \Delta D}{(1 - t_D)(y - w)s_p + ws_w} = \frac{I + \Delta D}{(1 - t_D)(ys_p + w(s_w - s_p))}$$

Das realisierte Arbeitsvolumen wächst mit einem freundlicheren Konsumklima – d.h. kleineren Sparquoten –, den Investitionen, dem Haushaltsdefizit und dem direkten Steuersatz. Ein stärkerer Zugriff des Fiskus hat dabei gemäß Gleichung (10) keinen Einfluss auf die Netto-Profite  $(1 - t_D)rW$  und die verfügbare Lohnsumme  $(1 - t_D)W$ . Dieser Betrag wird jedoch auf mehr Stunden verteilt, wofür sich im Gegenzug das staatliche Leistungsangebot ausdehnt. Soweit dies auch den Gewinnbeziehern zugute kommt, sind sie zweifellos Nutznießer der Maßnahme.

Für  $s_p > s_w$  ruft ein höherer Lohnsatz  $w$  desgleichen mehr Erwerbstätigkeit hervor, sofern nicht ein größerer nominaler Reinertrag  $y$  – durch Prozessinnovationen oder Verteuerung der Waren – dies verhindert. Scheitern solche unternehmerischen Kompensationsbemühungen, verbessern die Vergütungs- und Beschäftigungssteigerungen die Lage der Unselbstständigen, während die Profite fallen. Das ist des Pudels Kern im Streit der Lager.

### Wunschdenken und Wirklichkeit

Jetzt besitzen wir die Prüfsteine, die Standardrezeptur auf ihre Heilkraft zu testen. Folgende wirtschaftspolitische Handlungsweisen stehen zur Musterung an: Was darf man von einer Mehrwertsteueranhebung erwarten? Wie wirkt sich die Zurückführung der Staatsschuld bzw. der direkten Abgaben aus? Welchen Aktionsradius hat die Lohnpolitik? Auf diese Fragen existieren klare Antworten, die allerdings weit verbreiteten Vorurteilen widersprechen.

Die zusätzliche Belastung des Verbrauchs nimmt dem privaten Sektor Kaufkraft und spült diese in die Kassen der Gebietskörperschaften, ohne das Sozialprodukt oder die Beschäftigung zu vergrößern. Weder in Gleichung (8) noch in Formel (12) taucht die Umsatzsteuer auf. Es handelt sich um eine eher primitive Methode der Einnahmenerzielung, die mit dem

<sup>10</sup> Vgl. F. Helmedag: Grenzen und Möglichkeiten eines Beschäftigungspaktes, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 225 (2005), S. 151-162.

gespaltenen Satz obendrein die verteilungspolitische Absicht nur unzureichend erfüllt<sup>11</sup>. Selbst in Anbetracht geringerer Erhebungskosten ist der Umschwung von den direkten auf die indirekten Abgaben kritisch zu sehen: Reduzierte Einkommensteuern schwächen im Endeffekt die Kreislaufströme, wobei schon früher Hoffnungen auf einen dadurch verursachten schwungvollen Nachfrageschub ein ums andere Mal getrogen haben<sup>12</sup>. Auch gesenkte Sozialversicherungsbeiträge werden nicht in vollem Umfang zu privaten Ausgaben.

Dienen die Mehreinnahmen der Umsatzsteuer einer Minderung alter oder neuer Kredite des Fiskus, verbindet sich Pest mit Cholera. Die Bürger erleiden einen Verlust im persönlichen Verbrauch, dem nunmehr nicht einmal ein entsprechendes Plus an öffentlichen Gütern gegenübersteht. Zudem schwinden Volkseinkommen und Erwerbstätigkeit. Denn Budgetdefizite reflektieren die Veränderungen im Bestand an Forderungen und Verbindlichkeiten der anderen Sektoren<sup>13</sup>. In dem Maß, wie sich der Etat dieser kompensierenden Funktion entzieht, schraubt eine erlahmende ökonomische Aktivität die nationale Ersparnis auf den niedrigeren Gleichgewichtswert herunter. Die moderne Wirtschaftsgeschichte liefert hierfür reichlich Anschauungsmaterial.

Eine dezimierte Gesamtvergütung des Personals gereicht zwar gemäß Gleichung (8) dem Gewinn zum Vorteil, für  $s_p > s_w$  geht aber das Sozialprodukt nach unten. Gekürzte Stundenentgelte schränken sogar das Arbeitsvolumen (12) ein, falls der nominale Nettoertrag  $y$  nicht im nötigen Umfang *schrumpt*. Für die dazu erforderliche Verbilligung der Erzeugnisse gibt es indes keine Gewähr. In diesem Licht besteht die zentrale Aufgabe der Tarifparteien darin, Nominallöhne zu vereinbaren, welche die gesamtwirtschaftliche Profitrate und mit ihr das Preisniveau stabilisieren. Beim gegenwärtigen Sachstand beeinträchtigen zunehmende Mehrwertsteuern, der Abbau von Staatsschulden, die Senkung der direkten Steuern und eine hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleibende Bezahlung der Arbeitnehmer die gesellschaftliche Wohlfahrt, weil all dies an einer ohnehin kraftlosen Binnennachfrage zehrt.

<sup>11</sup> Wenn schon, dann wären unmittelbare Unterstützungen der ärmeren Bevölkerungskreise der bessere Weg, die regressiven Effekte dieser Methode der Mittelbeschaffung zu mildern.

<sup>12</sup> Umgekehrt wird eher ein Schuh daraus: Nimmt man an, dass die Privaten einen gewissen Realkonsum anstreben, dann führen höhere Steuern tendenziell zu einer Verringerung der Ersparnis. Dies gilt freilich nur für Haushalte, welche in der Lage sind, Überschüsse zu bilden und soweit sie nicht in die Schattenwirtschaft abwandern.

<sup>13</sup> Vgl. F. Helmedag: Ist das starre Festhalten an den Maastricht-Kriterien sinnvoll?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 84. Jg. (2004), H. 9, S. 601-604.